

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XIII
§ 1 Einführung . . . . .	1
A. Problembeschreibung . . . . .	1
I. Beispiele für Ablehnungen von Landeslisten vor Wahlen . . . . .	4
II. Rechtsschutz vor der Bundestagswahl als Empfehlung der Wahlbewertungsmission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa . . . . .	7
III. Rechtsschutz vor der Bundestagswahl als Empfehlung der Kommission zur Entlastung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	11
IV. Bereits erfolgte Überprüfung von Wahlfehlern vor der Bundestagswahl . . . . .	12
V. Zentrale Fragestellungen . . . . .	13
B. Forschungsstand und Kriterien für die zu untersuchenden Wahlfehler . . . . .	13
C. Methodisches Vorgehen und Gang der Darstellung . . . . .	21
§ 2 Bestandsaufnahme des Rechtsschutzregimes im Wahlprüfungsrecht . . . . .	25
A. Zeitpunkt des Wahlprüfungsverfahrens . . . . .	25
I. Begründung des Zeitpunkts der Wahlprüfung durch das Bundesverfassungsgericht . . . . .	25
II. Regelmäßig keine Entscheidungen durch Verwaltungsgerichte . . . . .	26
III. Zustimmung durch den verfassungsrechtswissenschaftlichen Diskurs . . . . .	27
IV. Fazit . . . . .	28
B. Exklusivität der Rechtsbehelfe des Wahlprüfungsrechts . . . . .	28
I. Entwicklung der Exklusivitätsthese durch das Bundesverfassungsgericht . . . . .	29

1. Rechtsweggarantie aus Art. 19 Abs. 4 GG . . . . .	30
2. Unzulässigkeit der Verfassungsbeschwerde nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90 ff. BVerfGG . . . . .	32
3. Grenzen . . . . .	32
4. Inkonsistente Rechtsprechungsbegründung in den Anfangsjahren . . . . .	33
5. Rezeption der Exklusivitätsthese . . . . .	42
6. Fazit . . . . .	45
II. Andere Ansätze: Rechtsschutzlücken durch Exklusivität . . . . .	45
III. Fehlen einer eigenständigen Positionierung . . . . .	48
IV. Fazit . . . . .	49
<i>C. Zwischenergebnis</i> . . . . .	50
§ 3 Historische Ursprünge der Wahlprüfung . . . . .	53
<i>A. Wahlprüfung als Gegenstand der Beratungen des Grundgesetzes</i> . . . . .	53
<i>B. Fehlende Auseinandersetzung mit einer vor der Wahl stattfindenden Wahlprüfung im vorkonstitutionellen Recht</i> . . . . .	55
<i>C. Zwischenergebnis</i> . . . . .	65
§ 4 Wahlprüfung als exklusive Aufgabe des Bundestags . . . . .	67
<i>A. Wahlprüfung als Regelungsgegenstand</i> . . . . .	67
I. Bedeutungsgehalt des Begriffs der „Wahlprüfung“ . . . . .	68
1. Möglichkeit von Zwischenprüfungen . . . . .	69
2. Wahl als Prozess verschiedener Phasen . . . . .	70
3. Fazit . . . . .	71
II. Indizien zum Begriffsverständnis aus dem Wahlprüfungsgesetz . . . . .	71
1. Gültigkeit als nicht zwingend nachträgliche Kontrolle . . . . .	72
2. Verletzung von Rechten bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl . . . . .	74
3. Kein Entgegenstehen von § 2 Abs. 4 S. 1 WahlPrüfG . . . . .	76
4. Fazit . . . . .	77
<i>B. Grundgesetzliche Vorgaben bezüglich der Zuständigkeitsabgrenzung zwischen altem und neuem Bundestag</i> . . . . .	78
I. Zusammentritt des neuen Bundestags, Art. 39 Abs. 1 S. 2 GG . . . . .	78
II. Diskontinuitätsgrundsatz . . . . .	79
III. Indizwirkung der Kompetenzprüfung des Bundestags zur Wahlprüfung der Wahl der deutschen Abgeordneten zum Europäischen Parlament, § 26 EuWG . . . . .	82

IV. Fazit . . . . .	83
<i>C. Zuordnung der Wahlprüfung zum Bundestag als Ausdruck der funktionsadäquaten Institutionenordnung . . . . .</i>	84
I. Zum Konzept einer funktionsadäquaten Institutionenordnung . . . . .	84
II. Bundestag und Bundesverfassungsgericht als verfassungsrechtlich zulässige Organe der Wahlprüfung . . . . .	88
1. Verfahren im Bundestag . . . . .	88
2. Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht . . . . .	95
3. Beibehaltung des zweistufigen Wahlprüfungsverfahrens im Zeitpunkt vor der Wahl . . . . .	97
III. Fazit . . . . .	100
<i>D. Exklusivität der Wahlprüfung als verfassungsrechtliche Grundentscheidung . . . . .</i>	100
I. Fachgerichtlicher Rechtsschutz und außergerichtliche Rechtsbehelfe	101
1. Verwaltungsrechtsschutz . . . . .	101
a) Rechtsbehelfe des Verwaltungsrechtsschutzes . . . . .	101
b) Ausgestaltung des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes vor der Wahl . . . . .	103
c) Ablehnung des Verwaltungsrechtsschutzes trotz grundsätzlicher Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs . . . . .	105
aa) Verhältnis von Art. 41 GG und Art. 19 Abs. 4 GG . . . . .	107
bb) Rolle von § 49 BWahlG . . . . .	112
cc) Keine Endgültigkeit des Verwaltungsrechtsschutzes . . . . .	113
d) Fazit . . . . .	114
2. Rechtsschutz nach dem Bundeswahlgesetz und der Bundeswahlordnung . . . . .	114
a) Besetzung der Wahlausschüsse . . . . .	115
aa) Wahlleiterinnen und Wahlleiter . . . . .	115
bb) Beisitzerinnen und Beisitzer . . . . .	117
b) Entscheidungsfindung und Entscheidungswirkung . . . . .	119
c) Fazit . . . . .	121
II. Rechtsschutz vor dem Bundesverfassungsgericht . . . . .	121
1. Nichtanerkennungsbeschwerde, Art. 93 Abs. 1 Nr. 4c GG, §§ 13 Nr. 3a, 96a ff. BVerfGG . . . . .	121
a) Unzureichende Verbesserung der Rechtsschutzmöglichkeiten . . . . .	123
b) Begrenzung des Verfahrensgegenstandes . . . . .	126
c) Fazit . . . . .	128
2. Organstreitverfahren, Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 63 ff. BVerfGG . . . . .	129

3. Abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 76 ff. BVerfGG . . . . .	130
4. Verfassungsbeschwerde, Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90 ff. BVerfGG . . . . .	132
a) Einstweilige Anordnung auf Grundlage einer Verwaltungsverfassungsbeschwerde wegen Maßnahmen der Wahlorgane . . . . .	135
aa) Fragliches Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	137
bb) Keine zwingende Notwendigkeit für die Verfassungsbeschwerde . . . . .	138
cc) Fazit . . . . .	139
b) Regelmäßige Unzulässigkeit der Rechtssatzverfassungsbeschwerde aufgrund von Fristversäumnissen . . . . .	140
5. Fazit . . . . .	141
<b>III. Änderung der Anwendungspraxis von Art. 41 GG durch Urteil des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen?</b> . . . . .	141
1. Verfahrensgeschichte . . . . .	141
2. Entscheidungsgründe des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen . . . . .	142
3. Kritische Würdigung der Entscheidung . . . . .	145
4. Übertragbarkeit auf die Rechtslage vor einer Bundestagswahl . . . . .	148
<b>IV. Fazit</b> . . . . .	152
<b>E. Zwischenergebnis</b> . . . . .	152
<b>§ 5 Wahlprüfung als individualprozessuale Absicherung des demokratischen Wahlsystems</b> . . . . .	155
<i>A. Wechselwirkungen der Wahlprüfung vor der Wahl und des Demokratieprinzips, Art. 20 Abs. 1, 2 GG</i> . . . . .	155
<i>B. Bedeutung der Wahlrechtsgrundsätze für das Wahlprüfungsverfahren, Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG</i> . . . . .	158
I. Unmittelbarkeit der Wahl . . . . .	159
II. Freiheit der Wahl . . . . .	160
III. Gleichheit der Wahl . . . . .	161
IV. Fazit . . . . .	163
<i>C. Wahlprüfung vor der Wahl als Bestandssicherung des demokratischen Wettbewerbs</i> . . . . .	164
I. Demokratie als Wettbewerb . . . . .	164
II. Existenz von Kartellparteien als Untergrabung des Wettbewerbsgeschehens? . . . . .	168

<b>III. Fazit . . . . .</b>	<b>172</b>
<i>D. Abgrenzung zur Prüfung des Abgeordnetenstatus . . . . .</i>	172
<i>E. Wahlprüfung vor der Wahl als Teil des effektiven Rechtsschutzregimes für Bundestagswahlen . . . . .</i>	173
I. Steigerung der Effektivität . . . . .	173
II. Indizien für die Effektivität des Rechtsschutzes aus anderen Gesetzen	178
1. Einstweilige Anordnung vor der Wahl, § 42a VerfGHG Berlin . . . . .	178
2. Wahlprüfung im Arbeitsrecht, § 19 Abs. 1 BetrVG und §§ 21, 22 MitBestG . . . . .	181
3. Fazit . . . . .	183
<i>F. Zwischenergebnis . . . . .</i>	183
<b>§ 6 Mit dem Zeitpunkt der Wahlprüfung vor der Wahl kollidierende verfassungsrechtliche Erwägungen . . . . .</b>	<b>185</b>
<i>A. Mangelnde Gewährleistung der Abbildung des Willens der Partei und des Volkes, Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG . . . . .</i>	186
<i>B. Beeinträchtigung des Wahlvorschlagsrechts der Parteien, Art. 21 Abs. 1 S. 1 GG . . . . .</i>	188
<i>C. Erhöhung von Unwägbarkeiten während des gesamten Wahlverfahrens . . . . .</i>	190
<i>D. Schwierigkeiten für neue Gruppierungen und kleine politische Vereinigungen . . . . .</i>	192
<i>E. Zwischenergebnis . . . . .</i>	194
<b>§ 7 Perspektiven der praktischen Umsetzung . . . . .</b>	<b>195</b>
<i>A. Integration der Wahlprüfung in die bisherigen Fristen des Wahlverfahrens . . . . .</i>	195
<i>B. Vorverlegung der Fristen des Wahlverfahrens . . . . .</i>	198
I. Vorüberlegungen . . . . .	199
II. Vorschlag für eine konkrete zeitliche Ausgestaltung . . . . .	202
III. Vorschlag für die sonstige verfahrensrechtliche Ausgestaltung . . . . .	205
<i>C. Zwischenergebnis . . . . .</i>	207

§ 8 Zusammenfassung in Thesen . . . . .	209
Anhang: Tabellarische Übersicht zum Vergleich der Termine und Fristen nach der aktuellen Rechtslage und nach dem in dieser Arbeit unterbreiteten Vorschlag sowie für die unverändert gebliebenen Termine und Fristen des Wahlverfahrens . . . . .	217
Literaturverzeichnis . . . . .	221
Stichwortregister . . . . .	239